



Grundsatzprogramm der

**Liberalen Hochschulgruppe an der
Universität Bielefeld**

Einstimmig beschlossen von der Außerordentlichen Mitgliederversammlung der
Liberalen Hochschulgruppe an der Uni Bielefeld am 30. April 2008.

Inhalt

I.	Einleitung	3
II.	Vier Fundamentale des modernen Liberalismus	3
	1. Freiheit ist Verantwortung	3
	2. Freiheit ist Vielfalt	4
	3. Freiheit ist Fortschritt	5
	4. Freiheit ist Zukunftsverträglichkeit	5
III.	Die liberale Hochschule im 21. Jahrhundert	6
IV.	Standpunkte	6
	1. Außen- und Sicherheitspolitik	6
	2. Europa	7
	3. Forschung und Gentechnik	7
	4. Gesundheit	8
	5. Hochschule	8
	6. Innere Sicherheit und Bürgerrechte	9
	7. Migration und Integration	9
	8. Politischer Extremismus	9
	9. Schule	10
	10. Umwelt und Energie	10
	11. Wirtschaft und Soziales	11

I. Einleitung

Als erste politische Bewegung hat der Liberalismus dem einzelnen Bürger, seiner menschlichen Würde und seinen Menschenrechten der Freiheit und Gleichheit Vorrang vor der Macht des Staates eingeräumt. Schritt für Schritt verwirklichten Liberale den modernen Verfassungsstaat mit individuellen Grundrechten, der freien Entfaltung der Persönlichkeit, dem Schutz von Minderheiten, der Gewaltenteilung und der Rechtsbindung staatlicher Gewalt.
(Wiesbadener Grundsätze 1994: 2)

So wie der Liberalismus die Freiheit und die Gleichheit der Bürger vor der Macht des Staates betont, sieht sich auch die Liberale Hochschulgruppe (LHG) an der Universität Bielefeld als hochschulpolitische Organisation, die sich darum bemüht, den einzelnen Studierenden zu mehr Freiheit und Gleichheit zu verhelfen.

Die höchsten Güter der Studierenden an der Universität Bielefeld sind die Freiheit und die Gleichheit, die sich darin widerspiegeln sollten, dass sich Studierende an der Universität unter optimalen Bedingungen frei entwickeln können, um sich unter gleichen Bedingungen dem internationalen Wettbewerb in allen Gesellschaftsbereichen, erfolgreich zu stellen.

In der Vergangenheit wurden zum Bedauern der Studierenden unter dem Deckmantel der vermeintlichen Gleichheit hochschulpolitische Entscheidungen getroffen, die den Studierenden die Möglichkeit nehmen, mit Studierenden aller Länder in allen gesellschaftlichen Bereichen erfolgreich zu konkurrieren. Zu unserer Freude sind in den vergangenen Jahren allerdings auch Reformen auf den Weg gebracht worden, welche die Autonomie der Hochschule gegenüber dem Staat in den Vordergrund stellen und somit die Chancen der Studierenden erhöhen, erfolgreich in die Zukunft zu blicken.

Ein Umfeld der Freiheit

Die Liberale Hochschulgruppe der Universität Bielefeld stellt die liberalen Grundsätze in den Vordergrund, die einzig und allein dazu beitragen sollen, die Studierenden optimal zu fördern und aus der Universität Bielefeld einen Hochschulstandort zu machen, der politisch und finanziell dazu in der Lage ist, Studierenden aller Fachrichtungen ein Umfeld der Freiheit zu bieten, in denen Lehre und Forschung zur Spitze dieses Landes gelangen können.

II. Vier Fundamente des modernen Liberalismus

1. Freiheit ist Verantwortung

Liberalismus will die größtmögliche Freiheit des Einzelnen. Die Freiheit des Einzelnen findet ihre Grenze an der Freiheit der anderen. Deshalb sind individuelle Freiheit und Verantwortung für sich selbst untrennbar. Individuelle Freiheit erfordert ebenso die Bereitschaft, Mitverantwortung für andere zu übernehmen, durch den einzelnen Bürger, durch die freiwillige Kooperation von Bürgern, durch die Übernahme von Ehrenämtern innerhalb und außerhalb der Politik.

Je größer die Freiheit desto größer die Verantwortung. Verantwortung ist das ethische Fundament der freien Bürgergesellschaft. Das Prinzip "Freiheit durch Verantwortung"

begründet eine Bürgergesellschaft, in der Selbstorganisation und Mitmenschlichkeit das republikanische Gemeinwesen prägen. Die liberale Bürgergesellschaft fordert und fördert die Übernahme von Verantwortung durch den Einzelnen.

Freiheit durch Verantwortung ersetzt die starre Regelungsdichte staatlicher Bürokratien und Großorganisationen. Mehr Eigenverantwortung und Mitverantwortung der Bürger heißt weniger Staat. Nur dort, wo Eigenverantwortung und Mitverantwortung das Leistungsvermögen der Bürger übersteigen, übertragen die Bürger Verantwortung auf ihren Staat.

Liberalismus will Freiheit zur Verantwortung anstatt Freiheit von Verantwortung. Freiheit ist nicht Egoismus. Freiheit ist Verantwortung.

(ebd.: 9-10)

Die Liberale Hochschulgruppe setzt sich für die Verantwortung der beteiligten Gruppen an der Universität Bielefeld ein. Dazu gehört vor allem, dass hochschulpolitische Entscheidungen nachhaltig getroffen werden. Entscheidungen, die dazu führen, dass zukünftige Generationen von Studierenden gegenüber der jetzigen benachteiligt werden, können nicht im Interesse eines Umfelds der Freiheit sein.

Das Prinzip der Nachhaltigkeit fordert von hochschulpolitischen Gruppen sehr viel Mut, insbesondere dann, wenn es darum geht unpopuläre Entscheidungen, die die Zukunftsfähigkeit der Universität Bielefeld fördern, zu beschließen.

Die Liberale Hochschulgruppe steht zu ihrer Verantwortung, in einem Umfeld der Freiheit eine nachhaltige Politik im Sinne der Studierenden und der Universität zu verfolgen.

2. Freiheit ist Vielfalt

Liberalismus will Menschlichkeit durch Vielfalt. Freiheit ist Vielfalt. Vielfalt in der Marktwirtschaft heißt Wettbewerb. Vielfalt in der Gesellschaft heißt Toleranz. Die Dynamik der Freiheit entfaltet sich gleichermaßen auf dem Markt der Ideen, Entwürfe und Lösungen, wie auf dem Markt der Interessen und Güter.

Gesellschaftliche und wirtschaftliche Freiheit sind unteilbar. Gesellschaftliche Freiheit und wirtschaftliche Freiheit bedingen einander und fördern sich gegenseitig. Marktwirtschaft braucht eine freiheitliche, vielfältige und tolerante Gesellschaft. Eine freiheitliche, vielfältige und tolerante Gesellschaft braucht Marktwirtschaft.

Liberale wollen anstatt einer Staatswirtschaft der besten sozialen und ökologischen Absichten die Marktwirtschaft der besten sozialen und ökologischen Ergebnisse. Nur mit Marktwirtschaft ist soziale Sicherheit auf hohem Niveau zu verwirklichen. Nur mit dem Markt der Ideen und dem Wettbewerb der Lösungen können wir die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten.

Eine freie und offene Gesellschaft ist nur mit Markt und Wettbewerb möglich. Liberale wollen Markt und Wettbewerb in der Wirtschaft ebenso wie den Markt der Meinungen, den Wettbewerb der Ideen und die Vielfalt der Lebensformen in der Gesellschaft. Denn Freiheit ist Vielfalt.

(ebd.: 13)

Die Liberale Hochschulgruppe steht für Toleranz an der Universität Bielefeld. Die kulturelle Diversität der Studierenden und Lehrenden an der Universität sind in hohem Maße identitätsstiftend und tragen zu seinem Umfeld der Freiheit bei.

Nur wenn hochschulpolitische Gruppen dazu beitragen, dass der gegenseitige Respekt eines jeden einzelnen gefördert wird, kann die ethnische und kulturelle Freiheit dazu beitragen, dass die Universität Bielefeld auf seiner Suche nach Wahrheit beflügelt wird.

Im Gegensatz zu anderen hochschulpolitischen Gruppen steht die Liberale Hochschulgruppe für die individuelle Freiheit eines jeden einzelnen, welche dazu führt, dass sich Fortschritt fern ab von ideologischen Hürden entfalten kann.

3. Freiheit ist Fortschritt

Das größere Risiko liegt heute nicht darin, das Bestehende zu verändern, sondern darin, es nicht zu tun. Es gibt keine Zukunft ohne die Bereitschaft zur Veränderung. Veränderung heißt Risiko. Wer alle Risiken ausschließen will, zerstört auch alle Chancen. Das ist die größte aller Gefahren. Liberale bejahen den Fortschritt durch Vernunft. Eine Gesellschaft ohne Wagnis verliert die Fähigkeit, sich selbst zu korrigieren und neue Wege zu gehen.

Gegen alle Zukunftsangst setzen Liberale die Zuversicht, durch Wandel neue Möglichkeiten zu eröffnen. Gegen die rückwärtsgewandte Nostalgie der Modernisierungsverweigerer setzen Liberale auf die Chancen des Fortschritts. Gegen die Sehnsucht nach der einfachen, überschaubaren Gesellschaft in einer immer komplexeren Wirklichkeit setzen Liberale auf die Vielfalt der Chancen und Lebensstile. Denn Freiheit ist Fortschritt.

(ebd.: 14)

Um die Chancen der Universität Bielefeld im internationalen Hochschulwettbewerb zu stärken, setzt sich die Liberale Hochschulgruppe für diejenigen Maßnahmen ein, die das Ziel verfolgen, die Universität in ihrem Fortschritt zu stärken, sie von Bürokratie zu befreien und solche Regelungen zu fördern, die die Autonomie der Hochschule gegenüber dem Staat unterstreichen. Schritte wie die Einführung eines Hochschulrates an der Universität begrüßt die Liberale Hochschulgruppe.

4. Freiheit ist Zukunftsverträglichkeit

Freiheit umfaßt auch die Freiheit jeder Generation, ihre Angelegenheiten selbst zu regeln. Jede Generation ist jedoch verpflichtet, die Freiheitschancen der Nachgeborenen zu bewahren und nicht durch Verbindlichkeiten und Verbrauch zu riskieren. Alle politischen Entscheidungen müssen deshalb einer Zukunftsverträglichkeitsprüfung unterworfen werden. Denn Freiheit ist Zukunftsverträglichkeit.

(ebd.: 15)

Die bereits in Abschnitt 2.1 erwähnte Nachhaltigkeit von hochschulpolitischen Entscheidungen soll an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich betont werden. Die LHG begrüßt daher Maßnahmen der Universität und ihrer Gremien, die zum Ziel haben, den Haushalt zu sanieren und die finanzielle Situation für die Zukunft zu verbessern.

III. Die liberale Hochschule im 21. Jahrhundert

Für welche hochschulpolitischen Ziele steht die Liberale Hochschulgruppe an der Universität Bielefeld?

Die FDP will den Wettbewerb zwischen staatlichen und privaten Hochschulen zu fairen und gleichartigen Bedingungen intensivieren. Hierzu müssen Bund und Länder ihren Hochschulen weitgehende Handlungskompetenz zubilligen. Nur so wird es den staatlichen Hochschulen möglich, ein eigenständiges Profil in Forschung und Lehre herauszubilden und den Studierenden sowie den Nachfragern nach akademischer Weiterbildung und Forschungsleistung ein attraktiveres Angebot zu machen.

Wichtige Voraussetzung für einen gerechten Wettbewerb zwischen staatlichen und privaten Hochschulen ist eine Umstellung der Finanzierung von der input- zur outputorientierten Zuteilung staatlicher Mittel, so wie es von der FDP seit langem mit den Bildungsgutscheinen gefordert wird. Eine solche Outputfinanzierung muss unabhängig von der rechtlichen Trägerschaft einer Hochschule gewährt werden und darf nur von qualitativen Aspekten (z.B. Akkreditierung von Studiengängen) abhängig sein.

Bei der projektfinanzierten Forschung müssen private Hochschulen unter den gleichen Bedingungen antragsberechtigt sein, wie ihre staatlichen Konkurrenten. Damit der Wettbewerb in der projektfinanzierten Forschung zwischen den Hochschulen unabhängig von der Trägerschaft und landespolitischen Einflüssen funktionieren kann, soll von den Forschungsförderinstitutionen des Bundes zukünftig auch ein Gemeinkostenanteil (sog. Overhead) finanziert werden. Damit werden insbesondere den privaten Hochschulen in Deutschland vergleichbare Wettbewerbsbedingungen in Forschung und Lehre zuerkannt, aber auch finanzschwächere staatliche Hochschulen unabhängiger von Sonderzuweisungen der Landesbehörden.

Eine solche, an der Leistung in Forschung und Lehre orientierte Finanzierung, verstärkt den Wettbewerb zwischen den deutschen Hochschulen zu Gunsten eines ausdifferenzierten Hochschulsystems. Damit steigen die Chancen, dass einige deutsche Universitäten im internationalen Wettbewerb wieder in der obersten Liga mitspielen können.

(Beschluss des 55. ordentlichen Bundesparteitages der FDP)

Die Liberale Hochschulgruppe fordert daher solche hochschulpolitischen Maßnahmen zu beschließen, die dazu führen, dass die Autonomie, die Wissenschaftlichkeit, die Wettbewerbsfähigkeit, das Profil, die Wirtschaftlichkeit und die Internationalität an der Universität Bielefeld gestärkt werden.

IV. Standpunkte

1. Außen- und Sicherheitspolitik

Die LHG begrüßt das Engagement Deutschlands bei Friedensmissionen oder humanitären Interventionen. Diese müssen im Grundsatz vom Völkerrecht gedeckt sein und in Einklang

mit der UN-Charta stehen. Um dieser globalen Verantwortung gerecht zu werden, bedarf es einer weiteren Umstrukturierung der Bundeswehr. Die Wehrpflicht ist ein Relikt des Kalten Krieges und erfüllt nicht mehr ihre ursprüngliche Aufgabe. Denn zum einen ist die Wehrgerechtigkeit nicht mehr gegeben, und zum anderen erfordern die heutigen Einsätze professionelle Soldaten, deren Aufgabenspektrum von der Intervention über das Peace Keeping bis hin zum Nation Building reicht. Wir fordern daher die Aussetzung der Wehrpflicht.

Deutschland muss im Rahmen seiner Bündnispflichten seine Aufgaben in der NATO wahrnehmen. Nur eine faire Verteilung der Lasten kann die Stabilität des Bündnisses garantieren. Auslandseinsätze der Bundeswehr müssen von deutschen Interessen gedeckt sein und der Wahrung der Menschenrechte dienen.

2. Europa

Die Europäische Union ist für uns nicht nur ein Instrument der europäischen Staaten, außenpolitisch mit stärkerer Stimme zu sprechen, sondern zugleich auch eine Wertegemeinschaft. Europa steht gemeinsam mit den Vereinigten Staaten für gelebte Liberalität, wirtschaftliche Stärke, Einigkeit und eine starke Stimme für Menschenrechte überall auf der Welt. Nichtsdestotrotz ist die EU in ihrer jetzigen Form von den Möglichkeiten einer entscheidungsfähigen Institution noch weit entfernt. Ein Staatenbund, dessen außenpolitischer Kurs von einer einzelnen Veto-Macht ausgehebelt werden kann, ist praktisch kaum handlungsfähig, weswegen das Mehrheitsprinzip geltendes Verfahren werden muss. Einer EU-Verfassung bedarf es dringend, da es ohne konstitutionelle Festigung ebenfalls keine Handlungsfähigkeit geben kann. Zudem spricht sich die LHG für einen Ausbau der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik aus.

Wir wenden uns ausdrücklich gegen Versuche des politisch linken Spektrums, Europa in einen weltpolitischen Gegner der USA umzuformen. Eine solche Abgrenzung würde die Stärke unserer Werte und unserer gemeinsamen Kultur schwächen, was in Zeiten des internationalen Terrorismus politisch unverantwortlich wäre. Die USA und die EU sind untrennbare Partner in vielerlei Hinsicht.

3. Forschung und Gentechnik

Liberalere Forschungspolitik heißt Innovationspolitik.. Es war die Forschung, die Menschheit seit jeher zu neuen Leistungen angetrieben hat. Ob in den Geistes- oder den Naturwissenschaften, der Technik oder der Medizin – Forschung hat das Leben von Millionen von Menschen nur verbessern können, wenn man sie nicht aus religiös-dogmatischen oder politischen Gründen eingeschränkt worden ist. Durch diese Erkenntnis ist gerade uns als Hochschulgruppe die Freiheit der Wissenschaft höchstes Gut!

Berechtigte ethische Schranken dürfen nicht in moralistische Bedenkenrägerei ausarten, wie sie ausnahmslos von allen anderen Parteien und den Kirchen praktiziert wird.

Nicht zuletzt der Bereich der Gentechnologie ist für uns mehr Zukunft als Gefahr: Insbesondere die Humangenetik – Stichwort Stammzellenforschung – gibt Hoffnung, dass vielerlei Krankheiten, Behinderungen und Leiden bald der Vergangenheit angehören könnten. Der Schutz von Embryonen sollte nicht als relevanter gewertet werden als die Hoffnung, beispielsweise Patienten tödlicher Krankheiten das Leben retten zu können oder Menschen vor dem Rollstuhl zu bewahren.

4. *Gesundheit*

Nur gesunde Menschen können effektiv arbeiten und lernen. Als Liberale Hochschulgruppe stellen wir uns daher klar hinter einen effektiven Gesundheitsschutz für alle, insbesondere aber für Studierende. Diese sind typischerweise Menschen mit eher geringem Einkommen, was aber kein Hindernis für eine gute ärztliche Versorgung sein sollte. Wir befürworten deshalb eine Gesundheitsreform, die zukunftsfähig, wettbewerbsorientiert und gerade dadurch effektiv ist. Liberale Gesundheitspolitik an der Uni bedeutet auch, dass es den Studierenden möglich sein muss, sich kostengünstig, aber dennoch gesund und ausreichend ernähren zu können. Wir setzen uns daher für Transparenz und Qualitätssicherung bei der Bereitstellung von Nahrungsmitteln in der Universität Bielefeld ein. Die Sicherstellung eines breiten Angebotes an Hochschulsport sollte außerdem immer gewährleistet sein.

5. *Hochschule*

Wir begrüßen die im Rahmen des Bologna-Prozesses erfolgte und noch erfolgende Reform des Systems von Studienabschlüssen. Im Zuge der zusammenwachsenden Europäischen Union und der zunehmenden (von außen verlangten und auch selbst gewollten) beruflichen Mobilität junger Akademiker ist es absolut notwendig, international anerkannte Standards und daher auch direkt vergleichbare akademische Abschlüsse zu schaffen. Die oft monierte „Verschulung“ der BA/MA-Studiengänge ist aus unserer Sicht eher positiv zu bewerten, da sie zu zügigeren Abschlüssen führt und das berüchtigte „Bummelstudium“ verhindert. Leistung und (Selbst-) Disziplin spielen im Berufsleben eine wichtige Rolle, hierauf muss schon das Studium vorbereiten. Gleichwohl muss sichergestellt werden, dass jeder Studiengang, der nicht schon als bloßes Überblicksfach gedacht ist, nicht zum bloßen Ausbildungsstudiengang verkommt, sondern die wissenschaftliche Vertiefung im Sinne des Humboldtschen Ideals weiterhin Standard bleibt.

Wir sprechen uns langfristig für die Verlagerung der Lehrerausbildung an die Pädagogischen Hochschulen (PH) aus. Die in universitärer Nähe angesiedelten PHs kooperieren mit den Unis, um weiterhin eine solide fachliche Basis zu erlangen. Stark ausgebaut wird aber der Anteil der Fachdidaktik, der für den späteren Beruf unerlässlich ist. Des Weiteren sprechen wir uns für einen deutlich höheren Praxisanteil aus, in dem nicht nur Hospitationen, sondern auch schrittweise das eigene Vorbereiten und Abhalten von Unterricht sowie die Nachmittagsbetreuung stattfinden. Gänzlich neu soll zu Beginn des Studiums ein Vorpraktikum obligatorisch sein, damit die angehenden Studenten schon früh mit den Anforderungen des Berufsbildes vertraut gemacht werden. Gespräche mit den Lehrern an den Schulen sowie Vorgespräche mit den Ausbildern der PH sollen sondieren, ob man stimmlich, mental und charakterlich fit für den Beruf ist. Die Dauer des Studiums soll vier Jahre nicht überschreiten.

Die chronische Unterfinanzierung der Hochschulen und die strukturellen Probleme lassen sich nicht durch die Einführung von Studiengebühren lösen. Der Staat steht an erster Stelle in der Verantwortung für die Hochschulfinanzierung. Bildung ist die wichtigste Ressource unseres Landes, die potentiell unbegrenzt zur Verfügung steht. Das oberste Interesse unseres Landes muss es deshalb sein, ein größtmögliches Maß an Bildung zu vermitteln, um den Mangel an sonstigen Ressourcen auszugleichen. Wir lehnen deshalb Studiengebühren an öffentlichen Hochschulen strikt ab. Das Ideal des gebührenfreien Studiums schließt allerdings die Wiedereinführung des aus unserer Sicht vernünftigen Studienkontenmodells nicht aus, da dieses Anreize bietet, das Studium zeitig zu beenden. Die Effizienz der Hochschulen muss durch Wettbewerb und Abbau staatlicher Regulierung gesteigert werden. Auf diese Weise

wird ein Hochschulsystem entstehen, das transparent und differenziert auf die Nachfrage der Studierenden und die Anforderungen des Arbeitsmarktes reagieren kann.

Sollte die Universität Bielefeld weiterhin an dem Studiengebührenmodell festhalten, muss die Vielfalt der Finanzierungsmöglichkeiten für Studierende sowie die der Rückzahlung deutlich ausgebaut werden. Die Anzahl von Stipendien muss spürbar erhöht werden und die Ängste der Studierenden, früh hohe Schulden zu machen zu müssen, sollten ernst genommen werden. Des Weiteren fordern wir mehr Transparenz und sinnvolle Vorschläge für die Verwendung von Studienbeiträgen bereits vor der Erhebung. Viele Fakultäten haben große Überschüsse und dürfen aufgrund der Reglementierung des Landes, die Gelder nicht für alle sinnvollen Maßnahmen einsetzen. Diese Reglementierung muss aufgehoben werden. Alle geplanten Ausgaben müssen stattdessen von den universitären Gremien, insbesondere den studentischen, genehmigt werden.

6. *Innere Sicherheit und Bürgerrechte*

Innere und äußere Sicherheit sind heute stärker denn je miteinander vernetzt. Die LHG spricht sich für eine Innenpolitik aus, die den Bürgern sowohl Sicherheit als auch Freiheit garantiert. Moderne technische Mittel sollen zur Verbrechens- und Terrorismusbekämpfung eingesetzt werden, ohne dabei einen Überwachungsstaat aufzubauen. Mehr denn je ist der Staat in Pflicht, seinen Bürgern den Schutz ihrer Daten zu garantieren.

Die Urteile des Bundesverfassungsgerichtes sind hier wegweisend. Ob bei der Online-Durchsuchung, dem Scannen von Nummernschildern oder der Verwendung der Maut-Daten zur Strafverfolgung: Der Rechtsstaat kann nur erhalten werden, wenn die Mittel mit Augenmaß angewandt werden.

Statt Ausbau von Videoüberwachung fordern wir verstärkte Präsenz von Polizei und Sicherheitskräften an nachweislich gefährlichen öffentlichen Plätzen, Parks oder Haltestellen des ÖPNV. Wir wissen, dass Sicherheit und Freiheit einander auch gegenseitig bedingen.

7. *Migration und Integration*

Wir betrachten Migration als positives und wichtiges Element gesellschaftlicher Existenz. Sie ermöglicht gesellschaftliche Vielfalt und Fortschritt in Kultur und Wissenschaft.

Umso unverständlicher ist es, dass ausländischen Fachkräften, deren Fachwissen und Qualifikationen benötigt werden, der Zugang zum Arbeitsmarkt in Deutschland erschwert wird. Wir richten uns gegen diese Einwanderungspolitik, da sie den Fortschritt verhindert.

Die Diskussion um Integrationspolitik wird unserer Meinung nach zu einseitig geführt. Der Staat allein wird für ihr Gelingen oder viel eher ihr Misslingen verantwortlich gemacht. Politik und Staat sind jedoch nicht allein für die Integration ausländischer Mitbürger verantwortlich. Jedes gutgemeinte Projekt wird im Sande verlaufen, wenn es auf Desinteresse stößt. Wir folgern daher: Ausländische Mitbürger müssen sich integrieren *wollen*, damit ein friedliches Zusammenleben möglich wird.

Doch fällt immer häufiger auf, dass gerade dies nicht der Fall ist. Ganze Stadtteile werden ghettoisiert, ihre Bewohner sprechen im Alltag kaum noch Deutsch bzw. lernen es erst gar nicht, da es im lokalen Umfeld nicht benötigt wird. Appelle wie die des türkischen Ministerpräsidenten Erdogan, sich nicht "assimilieren" zu lassen, führen de facto zu einem Staat im Staate und sind nicht hinnehmbar.

Infolgedessen setzen wir uns dafür ein, die Integration vor allem durch Pflichtsprachkurse nach skandinavischem Modell, welches ja in anderen Politikfeldern immer sehr gern zitiert wird, voranzutreiben.

8. *Politischer Extremismus*

Wir betrachten *jegliche* Form des politischen Extremismus als verwerflich und sehen diese Ansicht als selbstverständlich an, obwohl uns bewusst ist, dass gewisse politische Gruppen hier eine einseitige Sicht an den Tag legen.

Wir fordern eine schonungslose Bekämpfung von Rechtsextremismus, Linksextremismus und islamistischem Extremismus an der Universität wie auch anderswo. Alle drei Formen politischer Demagogie halten wir für gleich verwerflich. Gleichwohl wissen wir, dass heutzutage die drei Formen des Extremismus nicht mehr klar voneinander zu trennen sind: Schon lange sind nachgewiesenermaßen Versuche bekannt, linksextreme und rechtsextreme Ideen zu „linksnationalistischen“ Doktrinen zu verbinden und sich mit Hilfe der Gemeinsamkeiten des Antisemitismus und des Antiamerikanismus mit radikalen Islamisten zu verbrüdern. Bestrebungen, diese verbrecherischen Ideologien in Deutschland zu verbreiten, müssen mit aller Härte des Gesetzes sanktioniert werden.

Besorgt sehen wir die Zunahme sowohl von Ausländer- als auch von Inländer- bzw. Deutschfeindlichkeit. Noch besorgter allerdings sehen wir die Tendenz, dass letztere nicht in dem Maße thematisiert wird wie es bei ersterer – zurecht – der Fall ist, obwohl Inländerfeindlichkeit inzwischen auch ein unübersehbares Problem darstellt. Diese Einseitigkeit in der politischen Debatte erachten wir als inakzeptabel – wir werden diesem Trend unemotionalen Realismus entgegensetzen.

9. *Schule*

Eine ideologisch geführte Debatte über die bloße Struktur des Schulsystems lehnen wir ab. Vielmehr fordern wir den Fokus auf die Qualität der Schulen zu lenken, die es an vielen Punkten dringend zu verbessern gilt. Die Entscheidung über die konkrete Schulform soll künftig nicht durch die Landesregierungen, sondern durch die eigenständige Schule in Absprache mit der Schulträgerschaft erfolgen.

Das wesentliche und grundlegende Konzept liegt in der Schulautonomie. Die Hoheit der Schulen über Personal, Finanzen und Sachmittel ist dabei unerlässlich, da sie Wettbewerb unter den Schulen fordert und fördert. Eine drittelparitätische Schulkonferenz wählt den Schulleiter, beschließt andere Personalentscheidungen und setzt den Rahmen der Profilbildung. Durch fortlaufende externe sowie interne Evaluationen lässt sich sicherstellen, dass die Schulen in einem selbstoptimierenden Prozess stetigen Fortschritt erzielen. Die somit erzielte Vergleichbarkeit der Schulen sowie das gestärkte Mitspracherecht der Eltern und Schüler erwirkt eine höhere Transparenz in den Schulen.

Grundsätzlich begrüßen wir die Einführung von zentralen schulischen Abschlussprüfungen wie etwa dem Zentralabitur, da sie letztlich landesweit eine größere Gerechtigkeit zur Folge haben. Dennoch ist festzustellen, dass die zentralen Prüfungsvorgaben durch Schulministerien handwerklich teilweise schlecht vorbereitet werden. Hier bedarf es einer Nachbesserung.

10. *Umwelt und Energie*

Der Schutz der Natur ist eine der wichtigsten Aufgaben in der heutigen und zukünftigen Politik. Denn Umweltschutz ist nicht nur eine Frage der Moral; er ist eine Frage der Generationengerechtigkeit. Die LHG sieht sich in der Tradition der FDP, die als erste deutsche Partei den Umweltschutz in ihr Programm aufnahm.

Leitgedanke der Umweltpolitik sollte sein, dort einzugreifen, wo der Markt als Steuerungsmechanismus versagt. Doch die Natur macht nicht an Landesgrenzen halt. Deswegen kann Umweltpolitik nur dann nachhaltig sein, wenn sie auch auf EU-Ebene durchgesetzt wird und so europaweite Standards ermöglicht werden.

Die LHG fordert eine ideologiefreie Energiepolitik, die in Einklang mit den Klimaschutzziele steht und zugleich die Versorgungssicherheit in Deutschland und Europa garantiert. Dieses Ziel kann nur durch einen ausgewogenen Energie-Mix erreicht werden.

Dazu gehört der Ausbau und die Weiterentwicklung erneuerbarer Energieträger ebenso wie der „Ausstieg aus dem Atomausstieg“. Kernkraftwerke erlauben eine CO₂-freie Stromproduktion und vermindern die Abhängigkeit Deutschlands von Importen fossiler Brennstoffe.

Wir unterstützen die Entwicklung sauberer Kohlekraftwerke, deren Kohlendioxid-Ausstoß eingelagert werden kann.

Zugleich lehnen wir den subventionierten Anbau von Biomasse zur Herstellung von Kraftstoffen ab. Der Beitrag zum Klimaschutz steht in keinem Verhältnis zu den volkswirtschaftlichen Kosten, die häufig gerade die sozial Schwächeren am härtesten treffen.

11. Wirtschaft und Soziales

Eine funktionierende Wirtschaftspolitik und somit auch eine konstante soziale Marktwirtschaft können nur existieren, wenn der Staat und somit auch die Regierung ihre Kernaufgaben wahrnehmen. Stattdessen jedoch werden noch heute die Steuergelder für nicht nachhaltige und wirtschaftlich sinnlose Subventionen vergeudet. Diese Gelder wären in anderen Bereichen wie Bildung und Forschung bei weitem besser aufgehoben. Wir fordern daher: Investitionen in die Zukunft statt in die Vergangenheit.

Eine gute Wirtschaftspolitik ist die beste Sozialpolitik. Die Sozialreformen der Agenda 2010 gingen in die richtige Richtung, sind aber im Hinblick auf soziale Gerechtigkeit noch nicht ausgereift: Deutschland muss sich bewegen, weg vom Armutsverwaltungssozialismus hin zu einem Staat, der die Grundlagen dafür setzen kann, dass Menschen in Arbeit gebracht werden und dass auch noch in der fernen Zukunft eine soziale Marktwirtschaft finanzierbar ist. Diese kann nicht funktionieren, wenn die Finanzierung ausschließlich auf dem Rücken der Mittelschicht lastet.

Vor diesem Hintergrund betrachten wir mit Sorge die Rückwärtsgerichtetheit der anderen Parteien und Hochschulgruppen. Dieser werden wir Willen und Wirken für Modernisierung entgegenhalten.